

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!  
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

# WESTBERLINER KOMMUNIST

Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westberlins

Juli 1990

## GEGEN HERREMENSCHENSTANDPUNKT UND DEUTSCHTÜMELI

# DIE ANTIPOLNISCHE HETZE BEKÄMPFEN!

**Polizeiaktionen auf dem "Polenmarkt", Anfeindungen gegen polnische Käufer in Supermärkten und auf Bürgersteigen, bis hin zu Rempelien und tödlichen Angriffen, eine gefährliche antipolnische Stimmung greift um sich. Diese wird weiter angeheizt durch die vom Senat angekündigte schnellstmögliche Beseitigung der Reisefreiheit per Einführung der Visumpflicht sowie durch die weiterhin drohende Abschiebung von 5000 hier lebenden Polinnen und Polen. Dies geschieht nicht zufällig zu einer Zeit, in der mit der voranschreitenden Einverleibung der DDR durch den westdeutschen Imperialismus die Parole: "Heute gehört uns Deutschland und morgen die ganze Welt!" einen neuen Aufschwung erlebt. Wenn das Schimpfwort "Polacke" immer häufiger ans Ohr dringt, wenn tiefzittende, seit der Zerschlagung des Hitlerfaschismus ungebrochen vorhandene Ressentiments laut und lauter werden, so ist dies eine Entwicklung, die unbedingt erforderlich ist, Alarm zu schlagen und ihr entgegenzutreten. Sechs Millionen von deutschen Faschismus ermordete Polen mahnen und verpflichten dazu. Die Hetze gegen die slawischen Völker, gerade gegen das polnische Volk, sowie die Hetze gegen die Juden, gegen die Roma und Cinti, gegen die ausländischen Arbeiter - all diese für den deutschen Imperialismus in der Geschichte charakteristischen Züge prägen auch heute die politische Wirklichkeit.**

### Massenazzien und deutscher Ordnungssinn - der Polizeistaat in Aktion

Seit es ihn gibt, ist der sog. "Polenmarkt" allen erdenklichen staatlichen Schikanen ausgesetzt. Es ist jedoch bislang nicht gelungen, ihn zum Erliegen zu bringen. An jedem Wochenende, das eigentlich für anderes da ist, nehmen Polinnen und Polen eine lange und zeitraubende Anfahrt auf sich, um ein oder zwei Taschen voll verschiedener Artikel anzubieten und einige DM nach Hause zu tragen. An jedem Wochenende tritt auch die Polizei in Aktion: da werden Gitterzäune errichtet, da wird des Platzes verwiesen, gefilzt, festgenommen, gedroht, die Einreise verweigert ... aber das Leben bricht sich Bahn, und wenn nicht hier, so wird die Ware eine Straßenecke weiter angeboten, falls sie nicht vorher beschlagnahmt wurde.

Dieses sich über kleinliche bürokratische Vorschriften hinwegsetzende Element ist den Behörden der größte Dorn im Auge. "Wo kämen wir denn da hin, wenn Ausländer mit der deutschen Polizei Katz und Maus spielen" - so tickt es in den Hirnen der Uniformträger und ihrer politischen Vorgesetzten. Die eigentliche Geringfügigkeit des Anlasses spielt hier offenbar gar keine Rolle. Es geht vor allem um die Demonstration staatlicher Macht, um die deutliche Warnung an alle ausländischen Arbeiter und Arbeiterinnen, daß dieser Staat wie eh und je mit starker Hand zugreift, wenn sie sich nicht akurat so verhalten, wie es ihnen vorgeschrieben wird.

Und so kommt es alltäglich am Potsdamer Platz, unweit der ehemaligen Reichskanzlei des "Führers", zu Szenen, die den Älteren unter den polnischen Männern und Frauen schreckliche Bilder in Erinnerung rufen und die allen, die sich nicht blind stellen vor der deutschen Vergangenheit, einen kalten Schauer über den Rücken jagen mübten. Man muß es gesehen haben, was sich hier abspielt, wie sie herumstolzieren, herumkommandieren, höhnen, wie sie mit Handschuhen die Taschen durchwühlen, eisig die Richtung weisen, wie sie sich die deutschen Polizisten.

Mittlerweile zeichnet sich eine "Lösung des Problems" im Zusammenhang mit der schnell voranschreitenden Einverleibung der DDR durch den westdeutschen Imperialismus ab, wobei dieser gleichzeitig auch Schritt für Schritt die Überreste des besonderen Status von Westberlin beseitigt. Der Senat will, mit Zustimmung der Alliierten, wie in Westdeutschland auch hier die Visumpflicht für polnische Bürger einführen. Wer nach

Westberlin reist, soll bereits an der Grenze zur DDR kontrolliert und abgewiesen werden können.

Unterdessen läuft eine seit Monaten anhaltende reaktionäre Mobilisierung übelster Art. Den Markt zur Bedrohung der "deutschen Ordnung" stempelnde Schlagzeilen in der Presse wechseln mit reaktionären Demonstrationen, die sich unmittelbar am Marktplatz vorbeibewegten und auf der die Veranstalter ankündigten, das nächste Mal werde es möglicherweise handgreiflich zugehen. Es beteiligten sich auch "empörte Anwohner", die sich nicht am ebenfalls dort angesiedelten Krempemarkt, der jeden Tag geöffnet hat, störten, sondern sich allein gegen den Polenmarkt Luft machten. Da wird in der Presse über die Verschmutzung, die der Markt anrichtet, hergezogen, ohne zu erwähnen, daß die Stadtverwaltung sich weigert, genügend Toiletten und Abfallbehälter bereitzustellen. Die Sache wird so hingestellt, als seien die Polen eben unzivilisiert und schmutzig, während es doch gerade so ist, daß es ihnen verwehrt wird, ihr dringendes Bedürfnis auf "zivilisiertere" Weise zu erledigen.

Solcher, die Wahrheit ganz offenkundig auf den Kopf stellender Art ist die gesamte Hetze gegen die Polen, auch wenn sie oft in "Sachgründe" verpackt wird. Schon die Nazifaschisten haben mit dem "sachlichen" Verweis auf eine angebliche "Seuchengefahr" die Juden in Ghettos gesperrt.

### Wer ist schuld an der Verelendung in Polen?

Es heißt, die Polen fügten der "deutschen Volkswirtschaft" Schaden zu, da hier unter Umgehung von Steuern eine "schnelle Mark" gemacht werde usw., usf. Wer fügt hier wem Schaden zu? Der "Polenmarkt" ist nichts anderes als eine Folge des immer hemmungsloseren Zugriffs imperialistischer, vorneweg westdeutscher Großbanken und Großkonzerne auf Polen.

Nachdem die Gomulka-Revisionisten Mitte der 50er Jahren die Macht an sich gerissen und die Restauration des Kapitalismus durchgesetzt haben, herrscht in Polen die neue Bourgeoisie. Diese neue Bourgeoisie hat seit Jahrzehnten das Land an verschiedene ausländische Imperialisten, anfänglich vor allem an den russischen Sozialimperialismus, verschachert. Die Abhängigkeit von ausländischen Kreditgebern wuchs, die Zahlungsfähigkeit selbst für die Zinsen war zunehmend nicht mehr

gegeben. Die großen Gläubigermächte, insbesondere der westdeutsche Imperialismus, drückten auf den Wechselkurs und machten ihren Einfluß geltend, um die Löhne einzufrieren oder gar zu senken. Seit Polen dem IWF und der Weltbankorganisation beigetreten ist, macht sich diese Entwicklung nur noch nachhaltiger bemerkbar. Das berüchtigte Verordnungspaket von Kurssenkung, Preissteigerung und Einfrieren der Löhne unterwarf breite Teile der Werkstätten einer rasant voranschreitenden Verelendung, die Viele dazu zwingt, sich irgendeine zusätzliche Einnahmequelle zu eröffnen - sei es durch zusätzliche Arbeit nach Feierabend, am Wochenende, im Urlaub, oder durch den Kleinhandel mit bescheidenen Waren im Westen. Dazu muß man sich vergegenwärtigen, daß der durchschnittliche Monatslohn etwa 800.000 Sloty, das sind umgerechnet hundertvierzig DM, beträgt. Ein Laib Brot kostet zur Zeit bereits 4.200 Sloty. Darüber hinaus sind bestimmte Waren, wie z.B. Medikamente, oft nur noch gegen DM erhältlich. Die Lage verschlechterte sich nochmals vehement, als die Masowiecki-Regierung zu Beginn dieses Jahres 90 Prozent der Subventionen für Güter des täglichen Bedarfs strich und die Preise explodierten. Der von "unseren" Großbanken und der Regierung des westdeutschen Imperialismus mitgestaltete irrsinnige Wechselkurs von 1 DM zu 5.700 Sloty nötigt die armen, ausgebeuteten Arbeiter und Bauern Polens fast dazu, in den Besitz von DM zu gelangen, um etwas zu ihrem Lebensunterhalt beizusteuern.

### Westberliner Alltag - antipolnische Stimmungsmache

Angesichts der vielen Besucher aus Polen greift zunehmend eine lauernde, giftige Stimmung um sich. Es gibt Gedränge auf Bürgersteigen, böse Stimmen reden von einer "polnischen Invasion", herablassende Bemerkungen in den Supermärkten fallen. Viele empfinden es offenbar als degradierend, bei Plus oder Aldi zusammen mit Polen in einer Schlange zu stehen. Die Meinung, daß den Deutschen etwas weggenommen werde, hält sich hartnäckig, obwohl die Regale schon am nächsten Tag wieder aufgefüllt werden. Wenn irgendwo ein Auto geknackt, eine Wohnung ausgeräumt wird, so war es sicher, ohne daß genauer bekannt wäre, von vornherein ein Pole.

Diese tief sitzenden, auf den alten antislawischen Herremenschenstandpunkt zurückgehenden Ressentiments werden jetzt überall laut. Auf empörten "Bürgerversammlungen" wie im Rathaus Charlottenburg werden Hetzedreden geschwungen. Dort forderten Geschäftsfleute den verstärkten Einsatz von Polizeistreifen in der Kantstraße, ja sogar den Einsatz berittener Polizei! Viele Deutsche sehen sich dabei als den viel zu gutmütigen deutschen Michel, der von Polen und anderen Ausländern ausgenutzt wird, dessen Geduld allzu strapaziert wird.

Dabei ist doch ganz offensichtlich, daß es die hiesigen Kapitalisten und Kaufleute sind, die ein glänzendes Geschäft machen, und daß neue Geschäfte nur so aus dem Boden schießen. Schwer verdiente Arbeitnehmer fließen zu einem überst ungünstigen Umtauschverhältnis nach Westberlin, und dafür heften sich den polnischen Besuchern auch noch verachtungsvolle Blicke und Reden an den Rücken.

### Drohende Massenabschiebung gegen Tausende

In Westberlin leben etwa 20.000 Menschen aus Polen, die zu einem großen Teil bereits zu Zeiten der Militärdiktatur aus ihrem Land geflohen sind. Ihr aufenthaltsrechtlicher Status ist völlig ungesichert; sie sind lediglich vorübergehend "geduldet". Seit sich in Polen eine deutlich an den westlichen Imperialisten orientierte Regierung installiert hat, ist für sie die Gefahr der Abschiebung akut geworden. War früher aus dem Mund führender Politiker zu hören, daß sie als "Opfer des Kommunismus" Aufnahme finden, sind sie jetzt unerwünscht.

Am 1.11.89 erteilte der Innensenat die Weisung, in kurzer Zeit 5.000 Polinnen und Polen auszuweisen und abzuschicken. Es wurde sogar über die Zahl von 10.000, bzw. 15.000 gesprochen. Die Weisung wurde dann Anfang dieses Jahres aus Gründen der Opportunität einstweilen zurückgezogen, in einer Zeit, als die "Welt nach Berlin blickte", und nicht zuletzt auf Grund der Aufmerksamkeit, die sich vor allem die Betroffenen selbst verschaffen konnten. Damit ist die Gefahr der Ausweisung jedoch keineswegs vom Tisch. Die Praxis anderer Flüchtlingsweisungen zeigt nur zu gut, daß aufgeschoben keineswegs aufgehoben ist.

Es war der SPD/AL-Senat, der diese Vorbereitung einer wirklichen Massenabschiebung auf die Tagesordnung setzte. Dieser, ungeachtet seines Titels weder rote noch alternative Senat, gab sich jede Mühe, die Propaganda des "rot-grünen Chaos" so zu widerlegen, daß es der schwärzesten Regierung alle Ehre gemacht hätte.

## ASYLRECHT UND JEDOCH NUR DENKBARE UNTERSTÜTZUNG FÜR DIE AUS RUMÄNIEN, JUGOSLAWIEN UND ANDEREN OSTEUROPÄISCHEN LÄNDERN VERTRIEBENEN ROMA, ÜBERLEBENDE DES NAZI-VÖLKERMORDES !

Seit Monaten fliehen Roma-Familien aus osteuropäischen Ländern nach Westdeutschland, Westberlin und jetzt auch in die DDR. Der westdeutsche Imperialismus aber schließt seine Grenzen, verweigert das Asylrecht, knüppelt den Protest der Roma polizeilich nieder und schiebt ab.

Die Roma und Cinti sind die Nachfahren der Überlebenden des Nazi-Völkermordes. Nachdem sie schon jahrhundertlang als "Zigeuner" diffamiert und diskriminiert wurden, setzte der Nazifaschismus ein geschichtlich einzigartiges Programm des staatlich organisierten, administrativ durchgeführten und militärisch abgesicherten Völkermords an Roma und Cinti in ganz Europa in die Praxis um, dem etwa 500.000 Menschen zum Opfer fielen. Nach 1945 erhielten viele der Nazi-"Spezialisten" Posten im Staat des westdeutschen Imperialismus, während die Überlebenden Roma und Cinti um Wiedergutmachung gepeilt und in polizeilichen Sonderkarteien erfaßt, mit Razzien und Verreibungen überzogen wurden.

Jüngstes Beispiel der ungebrochenen Tradition der Verfolgung ist die jugoslawische Roma-Familie Stevanovic, die der westberliner Senat mit Abschiebung bedroht. Viele Angehörige dieser Familie zählten zu den 150 000 von den Nazis ermordeten Roma in Serbien. Die Nachfahren der Überlebenden werden von den Nachfolgern der damaligen Täter verfolgt: Innenstaatssekretär Börrmann bestreitet die offensichtliche Tatsache der Bedrohung und Verfolgung der Roma in Jugoslawien. Die westberliner Polizei nahm die Familie zeitweise in Abschiebehäft. Zoran Stevanovic wurde mit Handschellen gefesselt in ein Flugzeug geschleift, mit dem er nach Jugoslawien verfrachtet werden sollte; das scheiterte an der mutigen Haltung des Flugkapitäns, der sich weigerte ihn zu transportieren.

Die Roma werden seit dem Ende der 50er Jahre in Rumänien, Ungarn, Polen, Bulgarien, der Tschechoslowakei und Jugoslawien diskriminiert und ihrer Bürgerrechte beraubt; ihr Lebensstandard liegt weit unter dem der anderen Werkträger und sie wurden zu Sündenböcken für die Probleme der revisionistischen Regimes gemacht. Mit der fortschreitenden ökonomischen, politischen und sozialen Krise in diesen Ländern breite sich der Nationalismus aller Schattierungen explosionsartig aus. Bevorzugtes Opfer gewalttätiger Angriffe von Staatsorganen und aufgehetzter Bevölkerung sind die Roma!

Hunderte fliehen aus Rumänien vor der Unterdrückung und Verfolgung durch den Ceausescu-Nachfolger Iliescu, dessen Soldaten und Präsgarden vom 15. auf den 16. Juni gerade erneut pogromartig gegen die Roma vorgingen, auf brutaler Weise auf demonstrirende Gruppen Jagd machten und Häuser verwüsteten. Der Sturz Ceausescu eröffnete ihnen die Möglichkeit, legal das Land zu verlassen. Ihr Ziel ist die DDR, weil hier die einzige offene Grenze nach Westen ist, nachdem ihnen in allen anderen Ländern die Einreise verweigert oder an unerfüllbare Bedingungen geknüpft wird.

Der westberliner Senat und die westdeutsche Regierung verlangten daraufhin von der DDR rigoros die "Eindämmung des Flüchtlingsstroms" (Innenminister Pötzold). Und die DDR-Regierung kam dem geflissentlich nach. Das DDR-Innenministerium erklärte, die DDR sei mit 3000 (!) Flüchtlingen "total ausgelastet". Die hygienischen Zustände hätten "katastrophale Formen" angenommen und die Übergriffe auf die Flüchtlinge von Seiten der Bevölkerung hätten "dramatische Ausmaße" angenommen (Zitate nach Tsp 15.5.90). Die Konsequenz? Nicht die katastrophalen Zustände wurden abgestellt und die faschistischen Übergriffe unterbunden, sondern in deutsch-chauvinistischer Manier die Grenzen faktisch dicht gemacht! Ohne eine Silbe des Protests vermeldete auch das PDS-Organe kurz: "Für rumänische Bürger: Einreise jetzt nur auf Einladung" (Neues Deutschland 19./20.5.90). Die Haltung der PDS, die Entscheidung der Regierung, die Diskriminierung durch die Bevölkerung hat in der DDR Tradition. Die SED-Revisionisten verwandelten die antifaschistische Orientierung der Anfangsjahre, verwandelten proletarische Solidarität in eine Phrase. Schlimer noch. Diese Phrase sollte die fortschreitende Deutschlärmel und die für jedermann sichtbare Unterdrückung, Ausplünderung und Ghettoisierung von Arbeitern aus Vietnam, Mozambique, Kuba und anderen Ländern verhüllen und rechtfertigen.

Die Arbeiterinnen und Arbeiter in Westberlin müssen der Verfolgung von Roma und Cinti entschieden entgegentreten, dem westdeutschen Imperialismus die "demokratische" Maske vom Gesicht reißen, die ungebrochene Tradition des Rassismus aufzeigen und wahrhaft geschwisterliche Gefühle für die leidgeprüften Roma und Cinti entwickeln.



Nun ist ganz deutlich zu sehen, daß die polnischen Flüchtlinge als politische Manövriermasse betrachtet wurden, die jetzt ihre Bedeutung verloren hat. Die heuchelige Solidarität der westdeutschen Imperialisten mit der Opposition gegen das Regime Gierek's und Jaruzelskis, war bei Licht betrachtet immer nur die Unterstützung einer genugend eindeutigen eigenen Interessen verpflichteten Richtung, z.B. solcher reaktionären Kreaturen wie Lech Walesa, dem kein Verrat an Arbeiterinteressen zu weit geht. Dabei sahen sich die Herrschenden und ihre Medienkonzerne ohnehin zu keinem Zeitpunkt daran gehindert, antipolnische Anfeindungen auszustreuen, die alten Vorurteile über die "polnische Wirtschaft" zu schüren und besonders auf den "Ruin der ehemals blühenden deutschen Gebiete" zu verweisen, auf "deutschen Fleiß und deutsche Kultur", ohne freilich zu erwähnen, daß hier polnische Arbeiterinnen und Arbeiter für deutsche Gutsherren geackert, geschuftet und gehungert haben.

### Arbeiterinnen und Arbeiter aus Polen - unverschämt ausgebeutet und rechtlos

Zu denjenigen, die wegen Not und Unterdrückung ihr Land verlassen haben und sich gegen Abschiebung zur Wehr setzen, kommt eine nicht genau bekannte Zahl polnischer Arbeiter und Arbeiterinnen, die sich kurzfristig hier aufzuhalten. Sie bleiben für einige Wochen, mitunter auch nur für ein paar Tage im Monat, um irgendeine Arbeit zu bekommen, damit sie ihre Familien über Wasser halten können, damit es etwas besser geht. Kaum einer von ihnen - auch die wenigen, die eine vorübergehende "Duldung" haben - besitzt eine Arbeitslaubnis. Sie arbeiten "schwarz", zu geringsten, häufig hinunter bis zu drei DM die Stunde reichenden Löhnen und ohne Sozialversicherung, ähnlich wie auch Asylsuchende. Nicht nur die großen Firmen mit ihren Subunternehmern, v.a. im Baugewerbe, profitieren davon, sondern auch kleinere Handwerksbetriebe, Hausverwaltungen und kleine Klitschen. Auch tausende von Privatleuten lassen einen "Polen" kommen, der es billiger, vielleicht sogar für die Hälfte oder noch weniger macht, wenn ein Dachgeschoss ausgebaut, eine Wohnung renoviert, Fenster geputzt werden sollen.

Selbst diejenigen, die vorübergehend eine "Duldung" erhalten, dürfen nach § 19 Arbeitsförderungsgesetz nur dann eingestellt werden, wenn nachweisbar ist, daß sich weder ein Deutscher noch ein EG-Ausländer, noch ein Ausländer, der bereits schon einmal angeworben wurde (in dieser Reihenfolge), für diese Stelle finden läßt. Auf diese Weise wird der Zustand, der zur billigen illegalen Arbeit zwingt, vorsätzlich aufrechterhalten. Umgekehrt ist diese wegen Verstoßes gegen das Ausländergesetz Grund zur Abschiebung.

Dies ist der Parasitismus einer imperialistischen Gesellschaftsordnung gegenüber Werktagen eines zurückgebliebenen, abhängigen Landes. Die Ausbeutung besonders schlecht bezahlter polnischer Arbeitskräfte und ihre Abschiebung dann, wenn sie nicht mehr benötigt werden, hat in Deutschland eine lange Tradition, bis zurück zu den polnischen Saisonarbeitern auf den großen Landgütern zu Kaisers Zeiten. Vergabe und Entzug der Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis, Öffnung und Schließung der Grenzen und schließlich die Abschiebung - so werden die ausländischen Arbeiter und Arbeiterinnen vom westdeutschen Kapital als rechtlose, disponible Reservearmee behandelt.

Zugleich wendet sich die Ausländerhetze gerade in letzter Zeit häufig gegen die polnischen Arbeiter und Handwerker, die zum sowjetischen Sündenbock an Stelle des Kapitalismus gemacht werden, wenn ihnen vorgeworfen wird, sie nähmen den "Deutschen" den Arbeitsplatz weg, sie seien schuld an der "Verschlechterung der Auftragslage usw.u.s.d. Dabei geht es in einem fort darum, die Spaltung unter den Arbeitern zu verstetzen, die deutschen Arbeiter nationalistisch zu versetzen, damit die Kapitalisten mit ihnen machen können, was sie wollen.

Diese Spaltung der Arbeiterklasse hat nicht nur ein Gesicht, sondern viele: deutsche und ausländische Arbeiter, politische Flüchtlinge und Arbeitssuchende aus anderen Ländern, ausländische Arbeiter verschiedener Nationalitäten, Europäer und Nichteuropäer, Weiße und Farbige, Arbeitende und Arbeitslose, fest angestellte Arbeiter und Zeitarbeiter, Arbeiter verschiedener Branchen und Firmen, verschiedener Lohngruppen, Frauen und Männer, Junge und Alte ... sie alle sollen gegeneinander ausgespielt werden.

Wenn die deutschen Arbeiter meinen, sie könnten ihre Lage verbessern, indem sie sich gegen die ausländischen Arbeiter wenden, und ihnen gegenüber "ältere Rechte" geltend machen, so wie es ihnen ihre Ausbeuter einreden, so ist das ein grundlegender Irrtum. Der einzige Weg zur Verbesserung der Lage, oder auch nur um einer weiteren Verschlechterung in den Weg zu treten, war stets und bleibt auch weiterhin die Klassensolidarität. Sie verdient ihren Namen nur, wenn sie sich auf alle Arbeiter, gleich welcher Nationalität, erstreckt. Das Gift der Konkurrenz und der Feindschaft unter den Arbeitern und Arbeiterinnen, das die Herrschenden säen, macht nicht an einem bestimmten Punkt halt. Ist das Kainsprinzip einmal anerkannt, wird die Spaltung unverlos. Die Klassensolidarität ist entweder internationalistisch, oder es gibt sie nicht.

### Kampf dem deutschen Chauvinismus!

Wieder einmal ballen sich die den deutschen Zuständen eigene nationale Boniertheit und chauvinistische Überheblichkeit zusammen.

Hier zählen nur die "deutschen Interessen", die Aufrechterhaltung der deutschen Ordnung etc. - die Lebensinteressen der Angehörigen anderer Völker zählen nicht. Der entscheidende Anteil des westdeutschen Imperialismus am Elend in Polen, wie in vielen anderen

## Veröffentlichungen des "WESTBERLINER KOMMUNIST"

1. September 1989 - 50. Jahrestag des hitlerfaschistischen Überfalls auf Polen:

Der Faden der Geschichte ist nicht abgeschnitten: Der westdeutsche Imperialismus in Hitlers Fußstapfen (WBK Nr. 38)

April 1990 - Gegen die Provokationen des westdeutschen Revanchismus:

Die Oder-Neisse-Grenze ist unantastbar!

Ländern, wird systematisch ausgebündet. Seine Aktivität wird sogar noch als Wohlrat für die betroffenen Länder hingestellt. Nicht genug, die Sache wird so weit getrieben, als seien die "Deutschen" die Leidtragenden der "Wirtschaft" in anderen Ländern. Es wird planmäßig die öffentliche Meinung geschaffen, mit der allzu grossen Duldsamkeit müsse es endlich ein Ende haben, es müsse "etwas geschehen", die Idee des "Gesundstobens" auf Kosten anderer Völker ist dabei die stets naheliegende Schlussfolgerung.

Hinter den angeblichen "nationalen Interessen" stecken immer die Interessen der Ausbeuterklasse, die die Arbeiter des eigenen Landes gegen die Arbeiter anderer Länder aufhetzen will, um jede selbstständige Regung der Arbeiterklasse und jede Entstehung von Klassenbewußtsein im Keim zu ersticken. Die einzige Waffe dagegen ist der grundsätzliche und engagierte Kampf für den Internationalismus unter den Arbeitern aller Länder. Internationalismus, das schließt unbedingt ein die kämpferische Absehung jedwede Verengung der Sichtweise, jede nationale Beschränktheit, an die Schließung der Grenzen für die von der Reaktion politisch Verfolgten und für die Werktagen, die hierher kommen, um Arbeit und eine Lebensgrundlage zu finden, an die "Das Boot ist voll"-Propaganda, an Gleichgültigkeit und Ablehnung ihnen gegenüber.

Ohne eine solche uneingeschränkte solidarische Verbundenheit unter den Werktagen, allen gegenüber, die unterdrückt und ausgebeutet sind, die in Armut leben, ohne vollständige Ablehnung aller Privilegien und "alter Vorrechte", ohne politische Achtung der gemeinen und rabiativen, rassistischen wie chauvinistischen Vorurteile, ohne sich das Recht nehmen zu lassen, auch die Faust zu gebrauchen gegen diejenigen, die sie unter die Leute bringen, ist es unmöglich, sich mit Aussicht auf Erfolg gegen den kapitalistischen Dschungel zur Wehr zu setzen. Erst recht ist es unmöglich, die große Lösung des gemeinsamen, sich gegenseitig unterstützenden Kampfes zum Sturz des imperialistischen Ausbeutersystems in allen Ländern zu verwirklichen.

Der Kampf gegen Pressehetze, gegen Dummheit, Chauvinismus und Rassismus und gegen die Antipolnische Hetze müssen gerade eine Angelegenheit der Arbeiterklasse werden. Er muß bis zur Erkenntnis gebracht werden, daß die Arbeiter hier als Angehörige einer imperialistischen Unterdruckeraktion sich nicht selbst befreien können, wenn sie nicht für die Rechte und Interessen der vom eigenen Imperialismus unterdrückten und ausgebeuteten Völker eintreten und im Bewußtsein der Miterantwortung an den Verbrechen, die die "eigene" Bourgeoisie an anderen Völkern verbüttet, handeln.

Dabei spielt der Kampf gegen den Antislawismus und gerade gegen die antipolnische Hetze eine erstrangige Rolle. Diese Hetze ist der ständige "Wegbegleiter" des deutschen Imperialismus, und sie hat, basierend auf dem reaktionären Preubentum, tiefe Wurzeln geschlagen. Bereits Friedrich der II. von Preußen wollte das "liederliche polnische Zeugs" loswerden. Reichskanzler Bismarck sprach bereits davon, die Polen "auszurotten", und Hitler und Himmler setzten dies dann in die Tat um. Diese tiefverwurzelte Kontinuität in der Feindschaft gegenüber dem polnischen Volk liegt insbesondere in der Expansion des deutschen Reichs nach Osten und in der Unterdrückung der polnischen Minderheit begründet. Sie reicht von den Kriegsgreueln preußischer Truppen in Polen, über den Kampf gegen den sog. "polnischen Saisonstaat" und offene Gebietsansprüche in der Weimarer Republik, bis hin zur Liquidierung des polnischen Staates und eines Viertels seiner Bevölkerung durch den Hitlerfaschismus. Diese Kontinuität setzt sich heute fort in den nie zurückgezogenen Ansprüchen des westdeutschen Imperialismus auf Gebiete des ehemaligen deutschen Reichs jenseits von Oder und Neisse.

Die antipolnische Hetze dient nicht nur der Spaltung der Werktagen. Sie gehört seit jeher ins Arsenal des deutschen Imperialismus bei der Vorbereitung und Mobilisierung für Kriegsabenteuer, für imperialistische Raubkriege um die Neuauflistung der Welt! Die Fäden der Geschichte sind nicht durchtrennt und werden es nicht sein, bis nicht der westdeutsche Imperialismus durch die proletarische Revolution in Westberlin und die proletarische Revolution in Westdeutschland gewaltsam zerschlagen ist.

Nieder mit der antipolnischen Hetze, die bereits zu den größten Verbrechen geführt hat und zu neuen führt!

Tod dem westdeutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus!